Omuz Omuza

gegen den Faschismus im Quartier & überall

Inhalt

Solidarität statt Spaltung Seite 1
Chronik: Einige rechtsextreme Vorfälle im 2020 Seite 3
Rechtsextremer Terror und die Rolle der Schweiz Seite 4
Basel Bleibt Nazifrei! Seite 6
Antifaschismus geht nur internationalistisch Seite 8
Securitas - Rassistische Gewalt hat System Seite 9

Basel, August 2020

LOTTA ★
ORGANISIERT KÄMPFEN

Omuz Omuza* - gegen den Faschismus im Quartier & überall
*aus der türkischen Parole *Faşizme Karşı Omuz Omuza*, zu deutsch: Schulter an Schulter gegen den Faschismus
1. Auflage: 250 Exemplare
Basel, August 2020.

Website: lotta.info
Kontakt: lotta@immerda.ch

Twitter: @lotta_basel
Instagram: @lotta_basel
Facebook: Lotta - Organisiert Kämpfen

Solidarität statt Spaltung

Während die schweizerische und europäische Migrationspolitik die Abschottung immer weiter verstärkt und dabei tausende Tote in Kauf nimmt, gewinnen rechtsextreme Bewegungen und Parteien vielerorts an Kraft. Wie können wir uns dieser gesellschaftlichen Stimmung aktiv widersetzen? Antifaschismus darf sich nicht darauf beschränken, Rechtsextreme und Neonazis von der Strasse fernzuhalten. Denn das autoritäre und menschenverachtende Gedankengut des Faschismus ist kein Randphänomen. Es entspringt der Art und Weise, wie unsere Gesellschaft organisiert ist: Dem alltäglichen Rassismus, der Konkurrenz, der Ausbeutung.

In unserer Gesellschaft ist die Konkurrenz eines der grundlegenden Prinzipien. Und bekanntermassen setzt rassistische Hetze oft auch genau hier an: „Migrantische Arbeitskräfte nehmen uns die Jobs weg!" „Sie drücken die Löhne!" oder „Sie arbeiten gar nicht, überlasten die Sozialhilfe!" Dabei sind es die gleichen Kräfte, welche permanent die Steuern für Reiche runterschrauben wollen und Arbeitsrechte angreifen, welche auch den Hass gegen „die Ausländer*innen" schüren. In der Schweiz ist das natürlich an erster Stelle die SVP, untertstützt von Zeitungen wie dem Blick, der NZZ oder der BaZ.

Der Rassismus hat in der Schweiz tiefgehende Wurzeln. Die aktuelle globale Ungleichheit und die Geschichte des Kolonialismus ergeben eine Mischung aus Überlegenheitsgefühl und der Angst vor den verarmten „Massen" aus dem Süden. Reiche und ihre Parteien schüren solche rassistischen Stimmungen zum Teil gezielt. Migrantische Menschen machen im Alltag permanent entsprechende Erfahrungen: Bei der Wohnungs- oder Jobsuche, auf den Ämtern oder bei rassistischen Polizeikontrollen.

Die Gewalt und die menschenverachtende Ideologie von Neonazis sind nur der entschlossenste Ausdruck einer von Rassismus durchdrungenen Gesellschaft.

So wichtig es ist, dass wir uns gegen rechtsextreme Gewalt organisieren, wir dürfen dabei nicht vergessen, dass es mindestens so wichtig ist unsere eigenen Strukturen aufzubauen und auch in diesen Strukturen Rassismus zu erkennen und anzugehen. Wir müssen in unseren Quartieren eine gelebte Solidarität aufbauen, eine von unten. Eine Welt, die den Reichen gehört und den anderen die Konkurrenz um Wohnraum und Arbeitsplätze lässt; eine Welt, die permanent Kriege und Armut produziert: Sie braucht den Rassismus und wird ihn gerade in Krisenzeiten noch stärker und gefährlicher hervorbringen.

Zeit also, dass wir uns antifaschistisch organisieren, solidarische Strukturen aufbauen und Alternativen aufzeigen! Diese Welt muss nicht sein, wie sie ist. Aber damit sie sich ändert, müssen wir kämpfen!

„Black Lives Matter“ rufen 5‘000 Demonstrierende in Basel, 6. Juni 2020.

Einige rechtsextreme Vorfälle im 2020

Januar: Im Wohnquartier Bruderholz malen Unbekannte ein ca. 2x2 Meter grosses Hakenkreuz mit einer öligen Flüssigkeit auf die Strasse.

Februar: Durch Antifa-Recherche zur Basler Gugge „Gülle Schlüch“, die ein handfestes Problem mit rechtsextremer Gesinnung hat, entstand eine öffentliche Diskussion. Die Gugge-Mitglieder verwendeten rechtsextreme Symbolik, hatten eine „Ku Klux Klan“ Pauke und Naziband-Anstecker.

Februar: Nachts pöbeln zwei alkoholisierte Männer in der Wasserstrasse eine Gruppe Menschen an und bedrohen sie. Bei ihrem Weggang rufen sie mehrmals „Sieg Heil!“ und zeigen den Hitlergruss.

April: Im Quartier St. Johann fallen mehrere Personen mit Nazi-Symbolen auf. Durch bestimmtes antifaschistisches Auftreten konnten sie in einigen Situationen zum Weggehen bewegt werden. Nachdem aus einem Haus ein Transparent gegen das tödliche Migrationsregime gehängt wurde, erhalten die Hausbewohnenden einen Drohbrief.

Mai: Der Basler PNOS-Vorsitzende und Neonazi Tobias Steiger fordert die Zwangssterilisierung von jüdischen Menschen. Daraufhin hat der israelitische Gemeindebund Strafanzeige „gegen die PNOS-Verantwortlichen und Tobias Steiger“ erstattet.

Juli: Graue Wölfe haben in Allschwil mit roten Spraydosen die Kirche Allschwil mit dem Logo der türkisch-rechtsextremen Partei MHP und die Kirche St. Peter und Paul mit „Bozkurt“ (auf Deutsch: Grauer Wolf) beschmiert. Beides wurde sogleich von Antifaschist*innen weiss übermalt.

Rechtsextremer Terror und die Rolle der Schweiz

In Deutschland meldet die Amadeu Antonio Stiftung fast 200 Todesopfer durch Rechtsextremismus seit 1989. In den letzten Jahren intensivierten sich Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte, rassistische Angriffe und Attentate. Der Rechtsruck in Deutschland ist heftig: Die AfD sitzt in allen Parlamenten und sorgt für gesellschaftliche Verankerung. Rechtsextreme Netzwerke sind im Rausch und rufen zum „Volkskrieg" auf. Und die bürgerlichen Medien und Parteien verharmlosen, ignorieren oder unterstützen diese Entwicklung weitestgehend. Ein kurzer Rückblick.

Am 19. Februar 2020 tötete Tobias Rathjen 9 Migrant*innen in der Hanauer Innenstadt. Er suchte sich als Ort bewusst Shisha-Bars aus, die seit Jahren im Fokus der rassistischen Hetze der AfD und bürgerlicher Medien stehen. Schnell wurde die Einzeltäter-These aufgestellt. Rathjen sei verwirrt gewesen durch die vielen Verschwörungstheorien im Netz. Er sei einer, der unter dem Radar der Behörden war, da er mit niemandem redete und sich in seinem Zimmer ganz allein radikalisierte aufgrund einer «psychischen Krankheit». Für Migrant*innen war das rechtsextreme Motiv sofort klar.

Staatlich wurde der Rechtsextremismus in Deutschland jahrzehntelang bagatellisiert bis hin zu unterstützt. Der deutsche Verfassungsschutz beispielsweise ist offenkundig unterwandert durch Rechtsextreme. Dies zeigt die NSU-Mordreihe. Mitarbeiter des Verfassungsschutzes haben mitgeholfen beim Morden und waren nicht selten in der Nähe der Tatorte. So hat beispielsweise der V-Mann und Rechtsextremist Thomas Starke über 1 Kilogramm TNT Sprengstoff an das NSU-Trio geliefert und später angegeben, von terroristischen Aktivitäten nichts gewusst zu haben. Das Verfahren gegen ihn wurde schnell eingestellt.

Der Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke hat erneut aufgezeigt wie eng staatliche und rechtsextreme Strukturen verbunden sind. Neben dem Mörder Stephan Ernst ist Markus Hartmann angeklagt. Bei diesem wurde 1998 der Versuch unternommen, ihn als V-Mann zu engagieren. Hartmann war derjenige, der die Kontakte zu Waffen und Schiessvereinen einfädelte, welche Ernst zum Mord benötigte. Eine Spur im NSU-Komplex führt auch zu Hartmann. Diese wurde aber nicht weiterverfolgt, da dessen rechtsextreme Gesinnung ignoriert wurde.

Die Schweiz gilt hierbei als wichtige Drehscheibe für rechtsextremen Terror. Sowohl im NSU-Komplex als auch im Lübcke-Mord kamen die Waffen auch aus der Schweiz. Ein Neonazi-Konzert in Unterwasser (St. Gallen) mit Tausenden Besucher*innen aus ganz Europa ist ein jüngeres Beispiel. Zudem finden in der Schweiz immer wieder internationale Vernetzungstreffen statt. Mit Meinungsfreiheit und Neutralität wird neonazistisches Gedankengut toleriert. Dies merken auch rechtsextreme Strukturen und nutzen die Schweiz gezielt als sicheren Hafen.

So hat im Februar 2020 der rechtsextreme Verein «Uniter» seinen Sitz nach Zug verlegt. Der Verein bildet einen Zusammenschluss von rechtsextreme Elite-Soldaten und Sicherheitskräften. Der Verein, der gar vom Verfassungsschutz als rechtsextremer Prüffall eingestuft wird und Todeslisten und faschistische Umsturzpläne hat, kann problemlos in die Schweiz ziehen.

All dies zeigt, dass wir rechtsextreme Strukturen entschlossen bekämpfen müssen und uns nicht auf staatliche Strukturen verlassen dürfen. Hanau war dabei auch ein Wendepunkt des antifaschistischen Widerstandes. Seither organisieren sich überall in Deutschland migrantische Selbstverteidigungsgruppen unter dem Namen „Migrantifa". Die Wut und Trauer werden somit zu einer kollektiven Kraft, welche sich gegen die rassistischen Angriffe und den rassistischen Normalzustand stellt.

Basel Bleibt Nazifrei!

Organisierte Neonazis gibt es auch in der Schweiz. Eine ihrer stärksten Strukturen ist die PNOS – Partei National Orientierter Schweizer. Genau diese PNOS war es, die 2018 zu einer Kundgebung mobilisierte. Sie kündigte an, dass auch ihre Schlägertruppe Namens «Ahnensturm» vor Ort sein werde. Die Faschisten von der PNOS wollten zusammen mit anderen rechtsextremen Gruppierungen ihre politische Botschaft mitten in einer schweizer Stadt zur Schau stellen. Die Polizei bewilligte deren Kundgebung und verwies eine Gegenkundgebung an einen weit entfernten Ort.

In Basel wurde in kürzester Zeit das Bündnis Basel Nazifrei auf die Beine gestellt, um dieses Vorstossen von Faschisten in die Städte zu verhindern. Zahlreiche Antifaschist*innen aus der ganzen Schweiz, Schüler*innen, Migrant*innen: insgesamt über 2000 Menschen stellten sich den Neonazis in den Weg, drängten sie vom Messeplatz und errangen damit einen wichtigen Erfolg.

An diesem Tag war die Polizei mit einer derart riesigen antifaschistischen Demonstration überfordert, schoss Gummischrot in die Menge und verletzte Menschen. Im Nachhinein rollte eine Welle der Strafverfolgung an, die in der Schweiz nicht so schnell einen Vergleich findet: nicht etwa gegen die Neonazis, sondern gegen die antifaschistische Demonstration.

Die Staatsanwaltschaft leitete über 60 Verfahren ein, ordnete über 20 Hausdurchsuchungen an und hetzte mit einem Online-Pranger. Nun haben die Prozesse begonnen. Im ersten Urteil wurde ein junger Demonstrant zu 7 Monaten Gefängnis auf Bewährung (4 Jahre Probezeit) verurteilt – weil er vor Ort gewesen ist, nicht mehr. Es folgen Prozesse gegen Menschen, die Nazis geschlagen oder halbleere Gegenstände in Richtung Polizei geworfen haben sollen.

PNOS-Nazis am Messeplatz, 24. November 2018.

Wir sind solidarisch mit ihnen allen! Wir waren am 24. November 2018 gemeinsam auf der Strasse und die Demonstration war ein starkes und sehr wichtiges Zeichen gegen Rechts! Die Staatsanwaltschaft geht klar politisch motiviert gegen diese antifaschistische Bewegung vor. Doch wir lassen uns nicht einschüchtern. Wir bauen die Solidarität auf und nehmen diesen repressiven Angriff zum Anlass, noch stärker auf die antifaschistische Selbstorganisierung zu setzen. Gemeinsam gegen autoritäre staatliche Strukturen, rassistische Migrationspolitik und alle faschistischen Gruppierungen!

Spenden an:
Antirepressionsgruppe Basel
4000 Basel, Postkonto: 60-425124-0
IBAN: CH50 0900 0000 6042 5124 0
Zahlungsvermerk: Basel Nazifrei

Weitere Infos zur Kampagne auf Facebook: Basel Nazifrei

Antifaschismus geht nur internationalistisch

Antifaschismus kann und darf nicht an den Landesgrenzen aufhören. Er erfordert eine tiefe Solidarität mit allen Menschen, die weltweit unter Faschismus leiden und ihn bekämpfen. Es ist auch hier in der Schweiz unsere Aufgabe, auf die Unterdrückung in anderen Ländern aufmerksam zu machen und sie mit unseren Mitteln zu bekämpfen. So ist der Angriffskrieg der Türkei auf die kurdische Selbstverwaltung in Rojava keine Angelegenheit zwischen Ethnien, so wie es uns oft erzählt wird, sondern eine zwischen Faschismus und einer freiheitlichen Bewegung.

Die Schweiz unterstützt faschistische Regierungen weltweit und nutzt diese für ihre machtpolitischen Interessen: Sei es durch Waffenexporte an das türkische Regime oder durch Wirtschaftsabkommen mit Bolsonaros Regierung, welche den Amazonas zerstört und die indigene und schwarze Bevölkerung unterdrückt. Unsere Antwort darauf muss ein konsequenter Antifaschismus sein, der internationalistisch denkt und alle Formen des Imperialismus benennt und angreift. Denn der Kampf um Freiheit anderswo ist auch unserer. Hoch die internationale Solidarität!

Demo anlässlich des Jahrestages des Suruç-Massakers & 8 Jahre Rojava, 18. Juli 2020.

Securitas- Rassistische Gewalt hat System

Seit der Ermordung George Floyds durch die Polizei gibt es weltweite Proteste gegen rassistische Polizeigewalt. Dass es nicht nur in den USA, sondern auch hier systematische, rassistische Gewalt gibt, zeigen jüngste Berichte aufs Neue. Seit Jahren gibt es systematische Gewalttaten an Geflüchteten, ausgeübt von Securitas-Mitarbeitenden. Tatort ist das Bundesasyllager Bässlergut in Basel, das ohnehin den Zweck erfüllt, Migrant*innen zu isolieren und zu kontrollieren. Trotz vielen Beweisen leugnet das SEM (Staatssekretariat für Migration) die Übergriffe und erklärt die Geflüchteten zu den Konfliktauslösern. Jenen, die sich rechtlich wehren wollen, wird von Anfang an mit einer Gegenanzeige gedroht.

Dass sich Politik und Behörden auf die Seite der Prügel-Securitas stellen, ist zwar nicht verwunderlich, zeigt uns aber einmal mehr, dass diese Gewalt System hat und nicht bloss auf individuellem Fehlverhalten von Mitarbeitenden beruht. Die Gewalttaten von Seiten der Securitas sind bloss einige von unzähligen Vorkommnissen. So kam im Dezember 2019 Saleh T. unter «ungeklärten» Umständen im Gefängnis Bässlergut um. Klar ist jedoch, wer unter diesen menschenunwürdigen Zuständen stirbt, wurde von der schweizer Asylpolitik ermordet. Migrant*innen sollen eingeschüchtert und ihr Widerstand gegen diese betäubenden Umstände im Keim erstickt werden.

Trotzdem organisieren sich Betroffene immer wieder gegen diese Zustände und erheben ihre Stimme. Seit Jahren bekämpfen Aktivist*innen zudem von aussen das Gefängnis und das Lager Bässlergut. Dieser selbstorganisierte und solidarische Widerstand versucht aufzuzeigen, dass wir hier am Rande der Stadt eine gewaltvolle, durch und durch rassistische Festung haben, die abgerissen gehört. Gegen diese Zustände zu sein bedeutet, die Festung Europa nicht hinzunehmen und alle, die von ihr profitieren, sichtbar zu machen. Lassen wir die Betroffenen nicht alleine!